2006, Ausgabe Nr. 12

22.12.2006

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

GRÜNE fordern VRR zum Handeln auf

"Pendler brauchen einen Sitzplatz", nimmt Mario Herrmann zu Berichten über brechend volle Züge zwischen Dorsten und Essen Stellung. Herrmann vertritt die Grünen in der Verbandsversammlung der Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR).

"Ich erlebe und höre viel Positives über die NordWestBahn, die seit dem 10.Dezember auch in Gladbeck verkehrt", findet der Grünenpolitiker lobende Worte für den neuen Wettbewerber. Die modernen Züge seien geräumig und sauber und träfen auf viel Zuspruch bei den Bahnkunden. Auch die Fahrgastbetreuung mit Willkommensgrüßen und regelmäßigen Informationen vermittelten dem Bahnpendler, dass er ernst genommen und geschätzt werde. "Hier hat sich einiges verbessert", meint daher Herrmann.

Die Engpässe in den Stoßzeiten seien hingegen nicht duldbar. "Es darf nicht sein, dass Pendler auf den Bahnsteigen zurückgelassen werden, weil die Züge bist zum Bersten überfüllt sind", macht das grüne Verbandsmitglied deutlich. Jetzt strafe es sich, dass der VRR auf die Warnungen der Städte nicht gehört hätte, die bereits 2005 prophezeiten, dass die geplanten Kapazitäten für die hohe Nachfrage nicht ausreichen. Auch die Kürzungen durch den verantwortlichen CDU-Minister Oliver Wittke, der erst vor kurzem keine Notwendigkeit mehr sah, den eingleisigen Engpass in Bottrop zweigleisig auszubauen, zeigten jetzt ihre Auswirkungen. Da sich die Züge bei der Überquerung der Emscher nicht begegnen können, sei ein dichterer Takt nicht uneingeschränkt möglich.

Das Osnabrücker Eisenbahnunternehmen bringt auch den Weihnachtsmann ans Ziel (Foto: www.nordwestbahn.de)

„Es darf nicht sein, dass Pendler auf den Bahnsteigen zurückgelassen werden, weil die Züge bis zum Bersten voll sind!“.

Aufgrund der WAZ-Berichte und eigener leidlicher Erfahrungen wandte sich Herrmann jetzt an den VRR. "Ich halte eine kurzfristige Einigung mit der NordWestBahn und eine schnelle Angebotsausweitung zu den Stoßzeiten daher für dringend geboten", heißt es darin. Die Zustände seien nicht mehr zumutbar.

→ Brief an den VRR (pdf)

GRÜNE stimmen „Sparhaushalt 2007“ zu

Am 14. Dezmeber beriet der Rat über den Haushaltsentwurf 2007. Die GRÜNEN stimmten dem Entwurf zu. Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/DIE GRÜNEN begründete dies in seiner Rede wie folgt:

(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

zu Anfang dieser Woche hat der Regionalverband Ruhr seinen jährlich erscheinenden Kommunalfinanzbericht veröffentlicht. Die Autoren kommen darin zu dem Schluss, dass es durchaus eine gewisse Hoffnung für die Gemeindefinanzen gibt. Die positive konjunkturelle Entwicklung werde ihre Auswirkungen auch hier zeigen. Die jahrelangen Bemühungen um einen Strukturwandel im Ruhrgebiet sollen nach Aussage der Experten endlich Früchte tragen und gerade unsere Region zum Motor der Entwicklung in NRW machen. Vor diesem Hintergrund geht es unseres Erachtens auch in Ordnung, dass der Haupt- und Finanzausschuss dem Wunsch der SPD nach einer höheren Einnahmeerwartung bei der Gewerbesteuer entsprochen hat.

„Innerhalb von nur sechs Jahren sind die Schulden der kommunalen Ebene an Rhein und Ruhr um die gigantische Zahl von 60 Prozent gestiegen!“

Wer jedoch meint, dass er sich nun getrost zurücklehnen und "business as usual" betreiben könne, begeht einen fatalen Fehler. Denn die positiven Aussagen sind nur ein Teil der Botschaft. Der andere Teil lautet: Innerhalb von nur sechs Jahren sind die Schulden der kommunalen Ebene an Rhein und Ruhr um die gigantische Zahl von 60 Prozent angestiegen. Auch bei positivster Entwicklung und damit verbundenen Steuermehreinnahmen bei gleichzeitigen Minderausgaben im Sozialbereich wird eine wirtschaftliche Erholung allein unsere Finanzprobleme nicht lösen.

Die gebetsmühlenartige Forderung von uns Kommunalos nach einer Gemeindefinanzreform, die am Ende tatsächlich zu einer strukturellen Verbesserung im Sinne der kommunalen Haushalte führt, bleibt genauso richtig wie sie ein frommer Wunsch bleibt. Das wird mit einer schwarz-roten Bundesregierung genau so bleiben wie mit jeglicher anderen Farbkonstellation zuvor. Wir sollten uns da keinen Illusionen hingeben.

Im Gegenteil: Die dreiste Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozent wird dazu führen, dass Investitionen auch in Gladbeck teurer werden. Wir wissen vom Kreis, dass allein die Neubaumaßnahmen am Gladbecker Berufskolleg durch die Mehrwertsteuererhöhung um 120.000 Euro teurer werden. Ich möchte von dieser Stelle aus die Verwaltung, insbesondere die Kämmerei, bitten, uns zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses doch einmal eine überschlägige Aufstellung zu präsentieren, welche zusätzlichen Kosten uns bei den für 2007 geplanten Anschaffungen und Baumaßnahmen durch diese Erhöhung belasten.

Professor Junkernheinrich von der Universität Münster, der den erwähnten Kommunalfinanzbericht verfasst hat, sieht dann auch nur eine Möglichkeit, nachhaltige Verbesserungen der kommunalen Finanzen zu erreichen. Ich zitiere ihn: "Nur durch interkommunale Kooperationen können Einspareffekte ohne Qualitätsverlust in der kommunalen Angebotspalette erzielt werden." Einige Gemeinden seien so verschuldet, dass sie ohne diese Kooperationen in hundert Jahren noch nicht schuldenfrei sein werden. Präzisierend forderte er von Städten und Gemeinden vor allem kulturelle Einrichtungen, Bäder, aber auch soziale Angebote über kommunale Grenzen hinweg zu organisieren.

Durch diese klare Ansage fühlen wir Grüne uns in unseren zahlreichen diesbezüglichen Vorstößen bestätigt. Mit der Zusammenlegung der Gutachterausschüsse aus drei Städten des Kreises wurde in diesem Jahr ein kleiner Schritt in die richtige Richtung bereits unternommen. Wir begrüßen dies sehr.

Allerdings sind die Potenziale zur Zusammenarbeit weiterhin hoch. Über dreißig Aufgabenfelder, in denen ohne jede negative Auswirkung auf Bürgernähe interkommunale Kooperation wünschenswert ist, werden zurzeit unter Moderation des Kreises zwischen den Städten ausgelotet. Wir hoffen sehr, dass der Gladbecker Bürgermeister hier eine treibende Rolle einnimmt und sich von Störfeuer aus den eigenen Reihen nicht den Schneid abkaufen lässt.

Die reflexhafte und irrationale Art und Weise, in der Teile des Rates auf solche Bestrebungen reagieren, schadet den Interessen Gladbecks. Es ist schlicht nicht nachvollziehbar, weshalb einige glauben, dass ausgerechnet unsere im Vergleich der benachbarten Ruhrgebietsstädte eher kleine Gebietskörperschaft das Rad immer neu erfinden muss. Daher ist es wenig hilfreich, wenn man beim leisesten Hinweis auf die Sparpotenziale interkommunaler Zusammenarbeit etwa vom Kollegen vorm Walde mit dem Holzhammer als quasi "vaterlandsloser Geselle" abqualifiziert wird.

Unser Ziel muss es sein, Verwaltungsbereiche mit hohem Publikumsverkehr und direktem Bürgerkontakt vor Ort zu sichern. Insbesondere meint dies Einrichtungen der Schul- und Jugendarbeit und der sozialen Daseinsvorsorge.

Man mag sich trefflich darüber streiten, ob auch die Anmeldestelle für Kraftfahrzeuge hierzu zu zählen ist. Sicherlich wäre es angenehmer, hierzu nicht bis nach Marl fahren zu müssen. Aber wie oft meldet der durchschnittliche Gladbecker ein neues Auto an? Das ist wahrlich nicht das größte Prob-

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)
lem unserer Stadt. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass sich hier zwischenzeitlich eine Dienstleistungsnische aufgetan hat, in der Menschen einen Job gefunden haben, indem sie Anderen diese Anmeldeprozedur abnehmen. Eine Rückverlagerung der Zulassungsstelle nach Gladbeck würde hier Arbeitsplätze kosten. Dennoch: Auch wir Grüne sperren uns nicht dagegen, wenn diese Rückverlagerung ohne Mehraufwendungen und räumlich wie personell darstellbar ist. Warum allerdings SPD und CDU hierzu 50.000 Euro in den Etat eingestellt haben, bleibt deren Geheimnis. Fragen meinerseits, wozu diese hohe Summe erforderlich sei, blieben im HFA unbeantwortet.

„Die dreiste Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozent wird dazu führen, dass auch Investitionen in Gladbeck teurer werden!“

Offenbar ist dies ein Ausfluss des alt bekannten Spielchens, dass eine politische Forderung erst dann wirklich sichtbar wird, wenn sie mit der Nummer einer Haushaltsstelle versehen ist. Diese Vorgehensweise ist aber offensichtlicher Unfug. Gespräche mit dem Kreis und interne Planungen kann die Verwaltung auch ohne die Bindung von Haushaltsmitteln durchführen. Es bleibt aus unserer Sicht die Hoffnung, dass wir – wie so oft bei derartigen sachlich nicht begründbaren Etatisierungen – das Geld am Jahresende als Haushaltsrest wieder sehen. Einen solchen Hokuspokus kann man sich besser jedoch gleich sparen!

Der auch in diesem Rat gern erhobene Finger in Richtung anderer politischer Ebenen, diese mögen doch verstärkte Sparbemühungen ergreifen ist genauso richtig wie er nicht von der eigenen Verpflichtung zur Aufgabenkritik und Effizienzprüfung entbindet. Wir begrüßen, dass sich der Kreis mit seinem Etatbeschluss am kommenden Montag wohl erstmalig selbst in die strengen Anforderungen der Haushaltssicherung begibt. In Zukunft muss er genau das auch tun, was er seinen zehn Städten schon lange zumutet, nämlich jede neue freiwillige Ausgabe durch Dritte prüfen lassen anstatt sich wie bisher auf Kosten des Endes der Nahrungskette, der Kommunen, schadlos zu halten.

Für die Außenwahrnehmung und auch für die wirtschaftliche Entwicklung werden im geeinten Europa Regionen anderer Größenordnung als Stadt oder Kreis an Bedeutung gewinnen. Als Teil des Ruhrgebiets muss Gladbeck daher künftig seinen Platz finden. Die Bedeutung regionaler Ereignisse und Institutionen nimmt zu; wie das Kulturhauptstadtjahr 2010, wie die Entstehung des Emscher-Landschaftspark mit dem Umbau des Emschersystems, der auch bei uns zurzeit durch entsprechende Baustellen sichtbar ist, oder wie ein künftiger gemeinsamer regionalen Auftritt als Wirtschaftsstandort, an dem es zu investieren lohnt. Auch Gladbeck wird hieran partizipieren: An den Erfolgen ebenso wie an den Kosten. Aber eine andere Chance haben wir nicht. Unsere geographische Lage zwischen den Großstädten Gelsenkirchen, Bottrop und Essen können wir nicht verändern und müssen das beste daraus machen.

Ich will es mir und Ihnen an dieser Stelle ersparen, die Vielzahl an Einzeldiskussionen, die wir intensiv letzte Woche im HFA geführt haben, zu wiederholen. In der Gesamtbetrachtung lässt sich feststellen: Der Ausgabenrausch, in den der Haupt- und Finanzausschuss bei den Beratungen Ende 2005 verfallen war, hat sich nicht wiederholt. Sicher: Auf einige Etatisierungen hätte man getrost verzichten können, wie eben bereits am Beispiel der KFZ-Zulassungsstelle beschrieben. Insgesamt ist der Warnschuss des gescheiterten Etats aus dem letzten Jahr aber angekommen:

- Ohne diesen Warnschuss hätten sich SPD und BIG sicher nicht weitgehend bei zusätzlichen Ausgabenansätzen im Zaum gehalten.
- Ohne ihn hätte der SPD-Fraktionsvorsitzende wohl auch in diesem Jahr nicht im Vorfeld das Gespräch mit den anderen Fraktionen gesucht.
- Ohne ihn wäre die Bereitschaft des Bürgermeisters, die interkommunale Zusammenarbeit positiv anzugehen, sicher nicht so ausgeprägt.
- Und ohne ihn hätten wir sicher nicht vor einigen Monaten das „kleine Sparpaket bis 2010“ von der Verwaltung vorgelegt bekommen.

Daher werden Bündnis 90 / Die Grünen dem Etat 2007 trotz einiger Bedenken im Detail mittragen. Wir verbinden dies mit der dringenden Erwartung, dass wir auch im kommenden Jahr nach Konsolidierungs- und Einsparpotenzialen suchen und uns weiterhin im Rahmen interfraktioneller Gespräche hierzu austauschen.

Vielen Dank!

Mario Herrmann ist Vorsitzender der Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Gladbeck. Er hat an den Sitzungen der Haushalts– und Strukturkommission teilgenommen und sich für weitere Sparbemühungen eingesetzt. Der Haushalt müsse auch für nachfolgende Generationen gerecht sein.

Der Sparhaushalt

Mit dem vorgelegten „Konsolidierungspaket“ können mittelfristig zusätzlich 1,2 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt eingespart werden. Nach der verspäteten Verabschiedung des Haushaltes 2006 am 30. März hatten sich Bürgermeister und Rat verpflichtet, "in gemeinsamer Abstimmung zwischen Politik und Verwaltung" einen Katalog zur Haushaltskonsolidierung, Aufgaben- und Leistungskritik zu erstellen.

Konkret sehen die Konsolidierungsvorschläge vor, durch Auflösungen und Zusammenlegungen einzelner Ämter, durch Stelleneinsparungen in vielen Bereichen der Stadtverwaltung, durch wegfallende kommunale Aufgaben und durch eine Optimierung des Personaleinsatzes mittelfristig mindestens 20 Planstellen bei der Stadtverwaltung einzusparen. Berechnet man jede Planstelle mit einem jährlichen Ausgabevolumen von 50.000 EUR können allein durch diese Maßnahmen mittelfristig zusätzliche Einsparungen von 1 Mio. Euro erreicht werden. Diese Einsparungen sollen ohne betriebsbedingte Kündigungen erreicht werden.

So soll z.B. das Bauverwaltungsamt aufgelöst und durch eine zentrale Stabstelle des Baudezernates ersetzt werden. Darüber hinaus werden weitere Stellen frei, weil bisherige kommunale Aufgaben nicht mehr von der Stadt wahrgenommen werden müssen. Dazu gehören die Fehlbelegerabgabe ebenso wie die Wohnbauförderung. Außerdem sollen weitere Stellen in der Stadtverwaltung ein-gespart werden. Davon sind alle Dezernate betroffen. Allerdings soll dies möglichst ohne für die Bürgerschaft spürbare Leistungseinschränkungen erfolgen. Die Vorschläge des Bürgermeisters zur weiteren Haushaltskonsolidierung umfassen fast ausschließlich Ausgabensenkungen, vor allem im Personalbereich, und managementbedingte Einsparungen. Auch maßvolle Erhöhungen z. B. in Bereichen wie Stadtbücherei, Musikschule, Schulverpflegung oder auch bei den Kindergartenbeiträgen sollen mittelfristig nicht ausgeschlossen werden. Dies wird sich aber in einem sozialverträglichen Rahmen bewegen.

Infos zum Autobahnausbau in den Briefkästen

Vielen Gladbeckern wird diese Tage eine Informationszeitung zum geplanten Ausbau der A52 in den Briefkasten flattern. Die GRÜNEN ließen 20.000 Exemplare drucken und im Stadtgebiet verteilen.

"Wir fanden, es ist an der Zeit, die Bürger über den geplanten Autobahnbau durch unsere Stadt zu informieren und endlich eine breite Öffentlichkeit über die Planungen des Bundes herzustellen", begründet Grünen-Sprecher Bernd Lehmann den Druck der vierseitigen Zeitung.

In einem großen Übersichtsplan veranschaulichen die Grünen darin den Verlauf und die Gestaltung der geplanten Autobahn. Dabei wird sowohl die vorgesehene Länge des Deckels in der Tunnel-Variante dargestellt, als auch der Trassenverlauf durch den Grünzug östlich von Butendorf in der Heege-Variante wieder gegeben.

"CDU-Minsiter Oliver Wittke hat uns Gladbecker gerade erst wissen lassen, dass wir entweder seine zweitklassige Ausbaulösung bekommen oder eben keine Lösung", meint Lehmann. Von daher sei es wichtig, dass die betroffenen Gladbecker auch wüssten, über welche Ausbauvarianten ihr Minister da rede. Vor allem wollen die Grünen aber den Bürgern in Butendorf, Brauck und Rosenhügel deutlich machen, mit welcher "irrwitzigen Variante" der Bürgermeister und die SPD momentan liebäugelten: Nämlich dem Autobahnneubau mitten durch den Grünzug zwischen Butendorf und Buer. Mit den Grünen werde es das nicht geben, heißt es in der Zeitung. Für betroffene Bürger, die das genauso sehen, haben die Grünen nicht nur die Ansprechpartner im Landesstraßenbaubetrieb, der für die Autobahnplanung verantwortlich ist, aufgelistet, sondern auch ein Protestschreiben an den Bürgermeister vorbereitet.

„CDU-Minister Oliver Wittke hat uns Gladbecker gerade erst wissen lassen, dass wir entweder seine zweitklassige Lösung bekommen oder eben keine Lösung!“

Green please
Die Zeitung für Gladbeck
GRÜNE fordern: „Ohne Deckel keine A52"
Bund plant Autobahn
Vierspurig durch die Heege?

Wer die Zeitung nicht im Briefkasten vorfindet, kann diese auf den Internetseiten der GRÜNEN abrufen.

Infos im Netz

Alle Informationen zum A52-Ausbau gibt es unter:

→ www.gruene-gladbeck.de/a52

Die vierseitige Infozeitung kann hier runtergeladen werden:

→ A52-Zeitung (pdf, 1,3 MB)

Kulturdezernent blockt ab: Stadt will keine Spenden

Lieber verzichtet die Stadt auf eventuelle Mehreinnahmen, bevor sie sich Gedanken über Spendenquittungen machen muss. Dieses ernüchternde Ergebnis musste Erika Hoth, die die Grünen im Kulturausschuss vertritt, zur Kenntnis nehmen.

Der Kulturausschuss befasste sich in der vergangenen Woche unter anderem mit der Gebührenordnung für die Stadtbücherei. Der Vorschlag der Verwaltung sah einen normalen Beitrag für den Leseausweis in Höhe von künftig 12 Euro und einen ermäßigten Beitrag in Höhe von 6 Euro vor. „Unsere Stadtbücherei ist ein kostbares Gut, das regionale Anerkennung erfährt“, meint Erika Hoth. Viele Bürger schätzen das reichhaltige Angebot und sind vielleicht auch bereit, einen erhöhten Förderbeitrag zu bezahlen.

Die Grünen schlugen daher in der Kulturausschuss-sitzung vor, neben dem normalen und ermäßigten Beitrag auch einen freiwilligen Förderbeitrag in Höhe von beispielsweise 18 Euro in die Gebührensatzung aufzunehmen. „Ich glaube, es gibt Büchereibesucher, die gerne auch einen erhöhten Beitrag zahlen, um die Qualität unserer Bibliothek zu sichern und die gute Arbeit der Bücherei zu unterstützen“, ist Hoth überzeugt.

Die Verwaltung sieht das aber anders. Der Kulturdezernent bügelte den Vorschlag mit dem Argument ab, dass Spendenquittungen erst ab einem Betrag von 100 Euro im Jahr ausgestellt werden könnten. „Ein nichtiges Argument“, findet Fraktionsvorsitzender Mario Herrmann. „Wir wollten die Möglichkeit geben, einen freiwilligen Beitrag zu leisten. Es ging nie um die Ausstellung von Spendenquittungen.“

Waltroper Appell: „Rettet unsere Städte!“

Zufrieden zeigen sich die Gladbecker Grünen nach ihrer Kreismitgliederversammlung in Waltrop. Mit Bernd Lehmann und Benjamin Groiß wurden zwei Gladbecker in den Kreisvorstand gewählt. Außerdem verabschiedete die Versammlung einen eindringlichen Appell zu der extremen Finanzsituation der Ruhrgebietsstädte.

Bis spät in die Nacht wählten die Mitglieder der Kreisgrünen auf der Versammlung in der Waltroper Stadthalle ihre Vorstände und Delegierte und berieten über die kommunale Finanznot. Bernd Lehmann, der am gleichen Tag seinen 35sten Geburtstag feierte, wurde direkt im ersten Wahlgang als neuer Kreisvorstandssprecher gewählt. Er kündigte an, einen stärkeren Erfahrungsaustausch zwischen den Stadtverbänden fördern zu wollen. "Wir können in den Städten untereinander von den Erfahrungen lernen", so der Grünen Politiker, der auch Mitglied des Gladbecker Rates ist. Als stellvertretender Delegierter wurde Lehmann außerdem in das zweithöchste Gremium der Grünen in NRW entsandt - den Landesparteirat.

Ebenfalls neu in den Vorstand wurde Benjamin Groiß als Beisitzer gewählt. Als Polit-Neuling will der 20jährige Rentforter junge Interessen in die Vorstandsarbeit einbringen und sich für Generationsgerechtigkeit einsetzen. Der Gladbecker Fraktionsvorsitzende Mario Herrmann wird die Kreisgrünen zukünftig im Bezirksverband Ruhr vertreten.
Pünktlich zu den Haushaltsberatungen erfolgte nach den Wahlen eine politische Diskussion über die Finanznot der Städte. Wohin die kommunale Verschuldung führen kann, wussten die Waltroper Gastgeber allzu gut und schilderten ihre Erfahrungen mit dem "Sparkommissar", der seit Anfang des Jahres auf Geheiß der Landesregierung alle Entscheidungen in Waltrop überwacht. Diese Repressalien der Aufsichtsbehörden führten zu einer Entmachtung des gewählten Rates und zur Gefährdung der Demokratie.
„Im Kreis Recklinghausen stehen wir kurz vor Weimarer Verhältnissen“, heißt es deshalb gewollt provokant in der Waltroper Erklärung, über die die Kreismitgliederversammlung auf Antrag der Waltroper Grünen berieten. „Hier vor Ort treten die Aufsichtsbehörden die kommunale Selbstverwaltung mit Füßen, während Landes- und Bundespolitiker in politischen Sonntagsreden das hohe Lied der kommunalen Selbstverwaltung grölen“, wird in der Erklärung beklagt. Der Appell, der einstimmig mit einer Enthaltung von der Kreismitgliederversammlung verabschiedet wurde, wendet sich an die Grünen Vertreter auf Bundes- und Landesebene, die extreme Haushaltssituation in allen Entscheidungsgremien immer wieder zu thematisieren: „Lasst uns mit dieser Bundes- und Landesregierung bitte nicht allein!“.

Neu im Kreisvorstand der GRÜNEN: Kreisvorstandssprecher Bernd Lehmann (Foto links) und Beisitzer Benjamin Groiß (Foto rechts).

→ Waltroper Appell (pdf)

→ Seite des Kreisverbandes

Schöne Bescherung der großen Koalition

Zu den Auswirkungen der Steuer- und Abgabenpolitik der großen Koalition erklärt Christine Scheel, finanzpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion:

Ein Jahr große Koalition bedeutet 35 Milliarden Euro höhere Mehrwert- und Lohnsteuern pro Jahr, mit denen Haushaltslöcher gestopft und Steuergeschenke für international tätige Konzerne finanziert werden. Im Klartext bedeutet dies, dass die große Koalition den Bürgerinnen und Bürgern die steuerliche Entlastung von 7 Jahren Rot-Grün im Handstreich einfach wieder aus den Taschen zieht.

Gravierende Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger sind vor allem:

- die Erhöhung von Mehrwert- und Versicherungssteuer auf 19 Prozent,
- die Halbierung des Sparerfreibetrags auf 801 Euro (ledig)/1.602 Euro (verheiratet) und
- die Streichung der Pendlerpauschale für die ersten 20 Kilometer.

Darüber hinaus hat die große Koalition die Chance verspielt, die Sozialversicherungsbeiträge spürbar zu senken und damit den konjunkturellen Aufschwung in noch mehr Arbeitsplätze zu verwandeln. Der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung auf 4,2 Prozent stehen eine Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrags auf 19,9 Prozent und eine Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages auf im Durchschnitt 14,9 Prozent gegenüber.

Christine Scheel ist finanzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion.

Die Summe aus Steuererhöhungen und Abgabensenkungen ergibt insgesamt erhebliche Mehrbelastungen für die breite Bevölkerung. Insbesondere Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen zahlen die Zeche.

Ein Beispiel:

Eine Alleinerziehnde mit einem Kind und einem Jahreseinkommen von 18.000 EUR hat eine Mehrbelastung von jährlich 248 EUR.

→ Mehr Beispiele im Netz

Beck & Frank

Zur fortgesetzten Berichterstattung über Kurt Beck und Henrico Frank erklärt Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin:
Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck und der Arbeitslose Henrico Frank haben dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland einen Bärendienst erwiesen. Das von Beck mit seinem schnoddrigen Spruch losgetretene Spektakel diskreditiert gleichermaßen Politik und Jobsuchende.
Becks Versuch, über das Privileg seines Amtes auf kurzem Dienstweg Arbeitsvermittlung zu betreiben, ist genauso anmaßend, wie Franks Anspruch, als Interessenvertreter der Arbeitslosen in Deutschland aufzutreten.
Es wäre eine wirklich saubere Sache, wenn diese beiden Herren endlich damit aufhören würden, das Problem der Arbeitslosigkeit zu einem bizarren Narrenspiel zu machen.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Greenplease-Archiv
In unserem übersichtlichen Newsletter-Archiv können Sie durch alle Ausgaben seit August 2003 stöbern. Die pdf-Dokumente sind auf unseren Internetseiten abrufbar:
→ zum Archiv

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Wir wünschen allen Gladbeckerinnen und Gladbeckern ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2007.